# [Update] Privat-TV an der Kette: Kritik von ProSiebenSat.1 und RTL



#### Nachrichten - Medien

Freitag, den 18. März 2011 um 13:01 Uhr



Die deutschen Privatsender fühlen sich gegängelt: Die Rundfunkregulierung basiere nach wie vor auf "Auflagen, Restriktionen, Kontrolle und Repressionen", beschwerte sich der Vorsitzende des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien (VPRT), Jürgen Doetz, am Freitag.

Kein anderer Medienbereich sei derart kleinteilig reguliert, erklärte Doetz, der hinzufügte: "Eine grundsätzliche Debatte zum Verhältnis der zunehmend schwindenden Rechte und fortbestehenden

Pflichten für Rundfunkveranstalter ist gerade auch mit Blick auf den zunehmenden Wettbewerb durch Internet-Angebote überfällig".

Der VPRT hob in einer Mitteilung vor allem die positiven Erungenschaften der werbefinanzierten Kanäle hervor, die nach Auffassung des Verbandes nach eine ganze Menge zur medialen Vielfalt beitragen und damit neben dem wirtschaftlichen einen erheblichen gesellschaftlichen Mehrwert bieten. Anders als die öffentlich-rechtlichen Sendergruppen ARD und ZDF erhielten sie dafür aber keine Rundfunkgebühren.



Mediengattungen in der digitalen Welt gebe.

Doetz sprach sich neben einer Lockerung der Auflagen auch dafür aus, den kommerziellen Kanälen Anreize zu bieten, um Progammanbieter wie RTL oder ProSiebenSat.1 nicht zu vergraulen. Er spielte damit auf ein Gutachten des Hans-Bredow-Instituts an, wonach sich das Privatfernsehen in Zukunft möglicherweise über weniger strenge Werberegeln freuen darf.

Das Gutachten war Hauptthema eines von den Landesmedienanstalten organisierten Symposiums in Berlin. Dort gingen Experten der Frage nach, inwieweit Auftrag und Leistung des privaten Fernsehens in Deutschland neu definiert werden müssen. RTL-Chefin Anke Schäferkordt und ProSiebenSat.1-Vorstand Andreas Bartl befürchten mit neuen Regulierungen, einerseits gegenüber den öffentlich-rechtlichen Veranstaltern andererseits aber auch gegen Internet-Plattformenden Kürzeren zu ziehen.

# "Reguliert sind wir definitiv genug"

"Reguliert sind wir definitiv genug", sagte Schäferkordt. Für Online-Anbieter gebe es dagegen keine Vorgaben wie durch den Rundfunkstaatsvertrag. Das Anreizmodell sei für die Fernsehsender der richtige Schritt den Pflichten der Veranstalter entsprechende Anreize entgegenzusetzen. Schäferkordt wies darauf hin, dass sie sich neben einem hohen Nachrichtenangebot bei RTL und einem ebenso hohen Dokumentationsanteil bei Vox mit n-tv einen eigenen Informationskanal leiste, der wirtschaftlich "sogar noch in der Verlustzone" liege.

Wenn man über die Informationsqualität der Programme spreche, dürfe man "nicht nur über den Anteil der Nachrichten" diskutieren. Schäferkordt forderte, dass "die Schieflage" beseitigt werden müsse, die es bei der regulativen Behandlung verschiedener



von 3 18.03.2011 15:47



Und das gehe nicht durch mehr Auflagen, sondern es brauche neue Denkansätze in der Regulierung.

Ähnlich argumentierte auch Bartl. Die grundsätzliche Idee, Anreize für Qualitätsprogramme bei den privaten Sendern zu bieten, sei "interessant genug", um sie zu diskutieren, "mehr Regulierung steht bei uns aber nicht auf dem Zettel".

Auch die Vertreter der Programme Vox, RTL 2, Sat.1und ProSieben hoben im Rahmen des Symposiums ihre Programmleistung hervor: "Wir sind schon gut unterwegs im Wettbewerb mit der 'Tagesschau' und senden jeden Tag regionale Informationen", so Peter Limbourg, der bei ProSiebenSat.1 für die Informationsschiene verantwortlich ist. Jürgen Ohls, Chefredakteur RTL2, wies darauf hin, dass die Nachrichten des Kanals ein "ergänzendes Angebot für Jugendliche" seien.

Marc Jan Eumann, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, will im Zuge der Etablierung der Haushaltsabgabe für die öffentlich-rechtlichen Sender ab 2013 einen "Kassensturz" machen. Da könne man dann auch vorsehen, dass ARD und ZDF aus der Werbung aussteigen und weitere Schritte planen, um die bestehende Rundfunkordnung im Dualen System auch für die Zukunft "in Ordnung zu halten".

# Weniger politische Beiträge in den Nachrichten

Der Zeitumfang der Nachrichtensendungen in den Vollprogrammen der privaten Fernsehsender ist in den vergangenen 12 Jahren sukzessive zurückgegangen: Er liegt bezogen auf die politischen Beiträge in den Hauptnachrichtensendungen im Durchschnitt bei vier Minuten am Tag, die Bandbreite liegt dabei zwischen zwei Minuten (RTL2) und sieben Minuten (RTL). Der Informationsanteil insgesamt am Programm ist deutlich höher, beinhaltet aber überwiegend Zerstreuungs- sowie Angstthemen mit eher unterhaltendem Charakter, ergab eine Analyse der Göfak Medienforschung, die im Auftrag der Landesmedienanstalten ermittelt wurde.

Gesellschaftspolitisch ist insbesondere problematisch, dass die Nachrichtensendungen in den einzelnen Altersgruppen sehr unterschiedlich genutzt werden. Jüngere Zuschauer in der Altersgruppe bis 49 Jahre bevorzugen generell Privatfernsehen. Dabei stoßen sie allerdings auf immer geringere politische- und Sachinformationen, während die öffentlich-rechtlichen Sender die jüngeren Nutzer nur noch zu einem geringen Anteil mit ihren Nachrichtenangeboten erreichen.

Dabei ist die Bedeutung des Fernsehens für die Informations- und Meinungsbildung nach wie vor sehr groß. Trotz der immer stärkeren Bedeutung des Internets bleibe Fernsehen immer noch wichtigstes

"informierendes" Medium, sagte Susanne Fengler auf dem Berliner Symposium. Sie ist Professorin für Internationalen Journalismus am Institut für Journalistik an der Technischen Universität Dortmund. Zudem sei Fernsehen das "einzige schichtenübergreifende Medium".

Während insgesamt nur 4,3 Prozent der Internet-Nutzung auf "News & Information" entfalle, rufen 41 Prozent der 14-29jährigen täglich aktuelle Nachrichten online ab, wie



2 von 3 18.03.2011 15:47

aus der Langzeitstudie Massenkommunikation hervor gehe. In der Altersgruppe 14 bis 29 Jahre würden nur 14 Prozent Fernsehen als "informativ"



wahrnehmen und die Rolle von TV als Leitmedium schwinden. Allerdings würden Jugendliche das Internet "nicht als glaubwürdig" einstufen. Diese Rolle würden sie eher den Zeitungen zuschreiben, deren Homepages sie mehr als die Älteren aufsuchten.

Wolf-Dieter Ring, Präsident der Bayerischen Landesmedienanstalt forderte in diesem Zusammenhang die Medienpolitik auf, Fehlentwicklungen bei den Programmleistungen von ARD und ZDF entgegenzusteuern. Es könne auch nicht außer Acht gelassen werden, dass nur noch etwa zwei Prozent der Jugendlichen im Alter von 14 bis 29 Jahren im Jahr 2010 im Durchschnitt die Hauptnachrichten-Sendungen von ARD oder ZDF nutzen. Darüber hinaus sollte auch über finanzielle Anreizmodelle für private Programme nachgedacht werden, die einen besonderen Beitrag zur Grundversorgung liefern, wie beispielsweise das lokale Fernsehen, das wichtig, aber auch teuer sei.

### "Tagesschau" wird "von Parlamentariern gerne gesehen"

Die besondere Rolle der öffentlich-rechtlichen Sender, so forderte Ring, müsse genauer definiert werden und Grenzen für ihre Expansion festgelegt werden. Davon hänge ab, "was wir von die Privaten erwarten können": "Wo genau geht das Geld für Gebühren hin?", fragte Ring. Nach aktuellen Meldungen wolle die ARD Millionen Euro für Boxrechte ausgeben, das ZDF wolle Sat.1 die Champion League abjagen.

Der Bundestagspolitiker Thomas Jarzombek (CDU/CSU-Fraktion) sagte, die öffentlich-rechtlichen Sender zögen "als Qualitätsanker das Gesamtniveau nach oben". Die "Tagesschau" werde "von Parlamentariern gerne gesehen". Gleichzeitig sei sie aber sprachlich und im Präsentationsstil nicht attraktiv für Jugendliche. Es sei schwierig, Informationsqualität gesetzlich zu definieren. Jarzombek bemängelte das System der Rundfunkräte als Aufsichtsgremien der ARD-Anstalten, weil sie keine Distanz zu den Sendern hätten, da sie sich als ihre Vertreter verstehen würden.

< Zurück Weiter >

3 von 3 18.03.2011 15:47